

Eberhard Weber - Bemerkungen eines „Kritischen Freundes“

Auch ein „Kritischer Freund“ darf sich lobend äußern. Ich habe an vielen Fachkonferenzen, Foren teilgenommen, etliche auch inhaltlich wie organisatorisch geplant und durchgeführt. Selten war eine solche Veranstaltung so qualifiziert vorbereitet und gestaltet worden wie diese, an der wir teilnehmen durften. Meine Glückwünsche gehen an die Veranstalter, Ideengeber, Referentinnen und Referenten, aber auch an alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die zum Gelingen beigetragen haben.

Eine Bemerkung zu meiner Person: Kollege Dr. Wilfried Kruse hat mich hartnäckig überreden müssen, die Rolle des „kritischen Freundes“ wahrzunehmen. Die Frage war für mich: Was kann ich in dieser Funktion leisten, als einer, der das aktive Berufsleben abgeschlossen hat? Nehmen an dieser Veranstaltung doch ausgewiesene Fachleute, Praktiker und Wissenschaftler mit einem erprobten Format teil.

Auf vielfältige lokale und regionale Erfahrungen in der aktiver Arbeits- und Sozialpolitik kann ich zurückgreifen. Ich war über viele Jahre Vorsitzender des DGB in Dortmund/Östliches Ruhrgebiet. Wir standen vor dem Verlust von ca. 80.000 meist industriellen Arbeitsplätzen, einer Arbeitslosenquote von knapp 20 % und einer weit darüber hinausgehenden Unterbeschäftigung. Das Selbstwertgefühl der Menschen war wirtschaftlich wie politisch-kulturell erschüttert, es drohte ein Strukturbruch. Es konnte durchaus von einer „erschöpften Region im Schatten der Globalisierung“ gesprochen werden.

In dieser Phase hat der DGB nicht nur vorausschauende Strukturpolitik betrieben, gleichermaßen die „soziale Lage“ in vielfältiger Form thematisiert. Unsere Forderung damals, die heute noch gilt: Wer wirtschaftliche und technologische Entwicklung vorantreibt, muss gleichwertig und gleichzeitig die soziale, solidarische Kommune ohne Armut und Ausgrenzung als Ziel verfolgen.

Ihre Veranstaltung steht in der Kontinuität der bisherigen Arbeit der Weinheimer Initiative, damit wächst das öffentliche Interesse an ihrer Arbeit. Es lohnt sich, dieser Initiative anzuschließen, sich aktiv zu beteiligen, zumindest aber an den Ergebnissen zu partizipieren. Die Arbeit in den erweiterten Netzwerkstrukturen, der Austausch von Analysen, tragfähiger Handlungsstrategien ist Teil ihrer erfolgreichen Arbeit.

Auch in „reichen“ Kommunen mit wachsender ökonomischer Prosperität gilt: Polarisierung und Spaltung erkennen wir nicht nur in Bereichen des Einkommens, der Vermögensverteilung, in Bereichen des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes. Es geht auch um gesellschaftliche Teilhabe als Ganzes. Auch „wohlhabende“ Kommunen müssen sich der „sozialen Lage“ stellen. Eine fortschreibende Armuts- und Reichtumsberichterstattung einschließlich eines integrierten Handlungskonzepts sollte in das kommunale Pflichtenheft aufgenommen werden.

Wachsende Disparitäten zwischen Arm und Reich, in welchen Erscheinungsformen auch immer, sind komplexe Themen, jedoch in der (politischen) Öffentlichkeit nicht immer leicht zu vermitteln. Dennoch, sie gehören auch auf die kommunale Tagesordnung. Auch aufgeklärte Wirtschaftsvertreter haben inzwischen verstanden: Soziale Ausgrenzung und Spaltung sind imageschädigend, zutiefst inhuman, menschen- und demokratiefeindlich, bremsen nicht zuletzt Innovationen und nachhaltiges Wirtschaftswachstum.

Die dringend gebotenen Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen werden bei wachsenden Aufgaben (vom Bund und z.T. von Ländern auf die Kommunen übertragen) insbesondere begrenzt

durch geringe Steuerungsmöglichkeiten und einer oftmals völlig unzureichenden Finanzausstattung. Hier sehe ich hohen Handlungsbedarf.

Das Thema „Gerechtigkeit“ wird in diesen Wochen breit diskutiert. Die inhaltliche Ausgestaltung dieses Themas steht allerdings noch aus. Wir sollten uns an dieser Debatte, an der Definition von Gerechtigkeit, engagiert beteiligen und ganz konkrete Handlungsfelder und –strategien aufzeigen. Suchen sie nicht nur fachliche, auch gesellschaftliche Bündnispartner. Hier bieten sich sicherlich auch der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften an. Aus meiner Sicht ist damit auch die Stärkung einer lokalen Verantwortungsgemeinschaft verbunden.

Bisher wurden in der kommunalen Koordinierung junge arme Menschen als Gruppe wenig wahrgenommen. Qualifizierte Begleitung und Unterstützung sollte über das 18. Lebensjahr (Risikogeburtstag!) hinaus gewährleistet bleiben. Kein junger Mensch darf verloren gehen, auch nicht aus der Statistik herausfallen (Verlaufsbioografien). Eine ganzheitliche Betrachtungsweise ist geboten, über die einzelnen Hilfesysteme und Rechtsrahmen hinweg.

In Ihrer Arbeit suchen sie den Zugang zu Betrieben und Unternehmen. Betriebe aus dem Handwerk, aber auch die größeren Unternehmen bieten sich oftmals als Kooperationspartner an. Bezogen auf Qualifizierung und Ausbildung bieten sich auch die Berufsbildungsausschüsse der Handwerks- und der Industrie- und Handelskammern als Kooperationspartner an. In diesen Ausschüssen sitzen fachlich kompetente Vertreter der Arbeitnehmer/Gewerkschaften, der Arbeitgeber und der Berufskollegs. Diese Ausschüsse können mit in die Kommunale Koordinierung einbezogen werden.

Soweit meine weitgehend allgemein gehaltenen Anmerkungen. Die fachlichen Themen werden im Protokoll differenziert dargestellt. Ihnen weiterhin den gebotenen Erfolg beim Bohren dicker Bretter.